

Stiftung Marktwirtschaft

WEBINAR
8. Juli 2026

Steuerreform

zwischen Entlastung, Vereinfachung und immer knappen Kassen

Prof. Dr. Johanna Hey

Universität zu Köln
Institut für Steuerrecht



Steuerpolitik der 21. Legislaturperiode

Schritt 1: **"Wachstumsbooster"**

30% degressive AfA

Ab 2028 Senkung KStSatz in 1%-Schritten bis 2032 auf 10% (Gesamtbelastung 25%)

Schritt 2: **"Einkommensteuerreform"** laut Koalitionsbeschlüsse vom 2. Juli 2026

Entlastung um 10 Mrd. €

Nr. 2: Anhebung Grundfreibetrag/Kinderfreibeträge, Anpassung an kalte Progression, Gegenfinanzierung durch Anhebung des Spitzensteuersatzes

Schritt 3: Ankündigung eines **Steuervereinfachungsgesetzes**

Entlastung des Steuerzahlers von unnötigem Aufwand und Vereinfachung der Abgabe der Steuererklärung (Nr. 28)

→ *Haushaltssituation lähmt Steuerpolitik*

ABER: Altersvorsorgereformgesetz v. 29.5. 2026: Von Riesterrente zu Altersvorsorgedepot

Bisher nicht eingelöstes *Steuerreformversprechen*

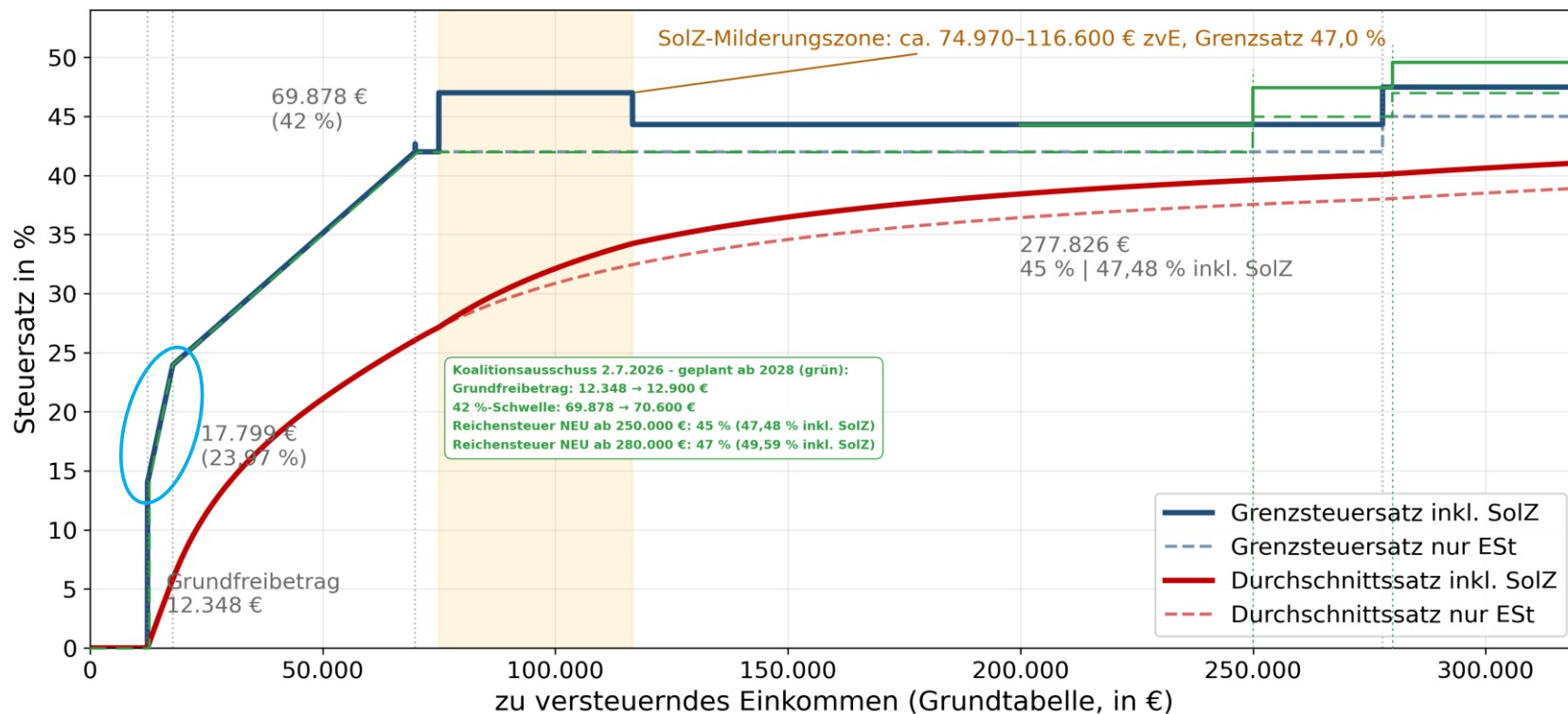
- **Steuerreformen als Tarif- oder Strukturreformen**
 - **Steuerentlastungen = Steuerreform?**
 - **Gründe für Steuerentlastungen:**
 - Verfassungsrechtliche Garantie der Steuerfreiheit des Existenzminimums/
Korrektur kalte Progression
 - Stärkung der Binnennachfrage
 - Investitionsanreize
- **Finanzierbarkeit?**

Koalitionsbeschlüsse vom 2. Juli 2026

1. Tarifmaßnahmen

Anhebung Grundfreibetrag / Anhebung Kinderfreibeträge + Kindergeld
 Gegenfinanzierung durch neue Tarifstufe + Anhebung Spitzensteuersatz
 Ø Abflachung „Mittelstandsbauch“ Ø Integration SolZ in ESt

→ **Fortschreibung Status quo + Schaffung von Reformbedarf für unternehmerische Einkünfte**



Koalitionsbeschlüsse vom 2. Juli 2026

2. weitere konkrete Vorschläge – Versuch einer Einordnung

Entlastung von Arbeitnehmern:

- **Anhebung AN Pauschbetrag** (§ 9a Nr. 1a EStG) von 1230 Euro auf 1430?
 - gezielte Entlastung von AN?
 - Vereinfachung
- **Sonn-/Feiertags-/Nachtzuschläge** (§ 3b EStG): Anhebung Obergrenze
- **Begünstigung Abfindungszahlungen** in Abhängigkeit zur Aufnahme neuer Beschäftigung

Koalitionsbeschlüsse vom 2. Juli 2026

2. weitere konkrete Vorschläge – Versuch einer Einordnung

Gegenfinanzierung

- **Anhebung Pauschalsteuersatz „Mini-Jobs“** (§ 40a Abs. 2 EStG) 2 auf 5%
 - Arbeitsmarktwirkung?
 - (P) Ausweitung Arbeitsangebot / Belastungswirkungen Steuerklassen III/V / Faktorverfahren
- **Handwerkerleistungen** (§ 35a EStG): 20% auf 15%, max. 900 Euro p.a., statt 1.200 Euro
 - Gegenfinanzierung (ca. 750 Mio. €)
 - Ø Vereinfachung;
 - Expertenkommissionen 2024: STREICHUNG

Koalitionsbeschlüsse vom 2. Juli 2026

3. Ankündigung Steuervereinfachung

Nr. 28: Steuerzahler von unnötigem Aufwand entlasten und die Abgabe der Steuererklärung vereinfachen:

Vorschläge zur

- Steuervereinfachung
- zur Verbesserung des Optionsmodells sowie zur
- sowie zur Beschleunigung

sollen in einem bis Herbst 2026 zu erarbeitenden Steuervereinfachungsgesetz gebündelt werden

Konkret

- automatisch vorausgefüllte, digitale Steuererklärung
- Vergabe von Steuernummern an Unternehmen innerhalb vier Wochen

Steuervereinfachung

Vereinfachungsvorschläge Expertenkommissionen

Bürgernahe Einkommensteuer / Vereinfachte Unternehmensteuer

Einkommensteuer, zB:

- Vereinfachung Sachbezüge (Gleichlauf ESt/USt/Sozialversicherungsabgaben)
- Arbeitstagepauschale statt Entfernungspauschale/Homeofficepauschale
- Streichung haushaltsnahe Beschäftigungsverhältnisse/Handwerkerleistungen
- Rentenabzugsteuer

Besteuerung von Unternehmen, zB:

- Abschaffung Ergebnis-/Abführungsvertrag
- Annäherung Bemessungsgrundlagen ESt/KSt - GewSt

Zusammenhang Einkommensteuer – Unternehmensbesteuerung

Der Wachstumsbooster – die unfertige Unternehmensteuertarifreform

Ankündigung: „Verbesserung Optionsmodell“

Hintergrund: Anhebung der Belastung ab 280.000 Euro p.a. auf knapp 50% trifft
Personenunternehmen
Tarifbegünstigung § 34a EStG / Körperschaftsteueroption § 1a ESG
ermöglichen Belastung entsprechend Kapitalgesellschaft

Probleme des Optionsmodells:

- Aufdeckung stiller Reserven des Sonderbetriebsvermögens
- Nachversteuerung tarifbegünstigter § 34a EStG-Rücklagen

Nachbesserungsbedarf "Wachstumsbooster"

Schrittweise Absenkung des Körperschaftsteuersatzes auf 10% im Jahr 2032
Ziel: Unternehmenssteuerbelastung \approx 25%



Vergleich der nominalen Steuerbelastung von Kapitalgesellschaften (in den deutschen Nachbarstaaten sowie den G7-Staaten und im OECD- und EU-Durchschnitt; nominaler Körperschaftsteuersatz, Stand Dezember 2023).

Quelle: BDI, Wettbewerb der Steuersysteme, 2024, S. 11; auf Basis von Daten der OECD

Probleme der Marginalisierung der Körperschaftsteuer

"Wachstumsbooster"-Lösung zur Absenkung der Gesamtbelastung:
unnötig teuer (Gesamtwirkung ca. 23 Mrd. Euro) und mit erheblichen Folgeproblemen verbunden

1. Wirksamkeit unsicher

- Gemeinden werden "Spielraum" durch Hebesatzerhöhungen auffüllen
- Gewerbesteuerwettbewerb wird sich verschärfen
- Beschlossene Anhebung des Mindesthebesatzes auf 280%,
d.h. mind. 9,8% Gewerbesteuerbelastung löst das Problem nicht

2. Verschärfung Gestaltungsanreize zur Vermeidung von Gewerbesteuer

- Erweiterte Grundbesitzkürzung (10,55%-Immobox)
- Auslandsgestaltungen zur Vermeidung inländischer Betriebsstätten

3. Notwendige Nacharbeiten Abgeltungsteuer und Teileinkünfteverfahren

- Ausschüttungsbelastung* zukünftig **45,42%** bzw. 47,9% vs. **49,55%**
* Hebesatz 438%

Unternehmenssteuerreformbedarf

1. Gewerbesteuer

Umwandlung in Zuschlag auf Einkommen-/Körperschaftsteuer

zB Vier-Säulen-Modell Kommission Steuergesetzbuch Stiftung Marktwirtschaft,
Österreich Kommunalsteuer

Minimal: Anrechnung auf die Körperschaftsteuer (Hey/Staats, DB 2026, 1496)

2. Organschaft

Abschaffung des Erfordernisses des Gewinnabführungsvertrages

3. Personengesellschaften

Abschaffung Sonderbetriebsvermögen / Betriebsaufspaltung

→ **Reformnotwendigkeit hoch, Reformbereitschaft-/fähigkeit gering**

Externer Reformdruck: EU Tax Omnibus

“**Tax Omnibus**”: Proposal for a Council Directive amending Directives 2003/49/EC, 2009/133/EC, 2011/96/EU, (EU) 2016/1164, (EU)2017/1852, (EU) 2025/50 as regards the simplification of the Union framework on direct taxation and supporting growth and competitiveness of the EU, COM(2026) 460 final vom 24.6.2026

1. Zins- und Lizenzgebühren-RL, 2. Fusions-RL, 3. Mutter-/Tochter-RL, 4. ATAD, 5. Streitbeilegungs-RL, 6. FASTER

Hintergrund/Ziele

- Erleichterungen / Abbau von Quellensteuern
- Bekenntnis zu Pillar II, Vermeidung von Überschneidungen mit ATAD
- Beseitigung von Hemmnissen grenzüberschreitender Unternehmensaktivitäten im Binnenmarkt
 - **“more coherent, modern and competitive framework for business operation within the internal market”**

Parallel **DAC Recast** COM(206) 308 final vom 24.6.2026

- Notwendigkeit einstimmiger Annahme im ECOFIN
- **Rolle Deutschlands?**

Externer Reformdruck durch BVerfG: Erbschaftsteuerreform?

Reformdiskussion

- im Hinblick auf **Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichts**
- im Hinblick auf **Umverteilungsdebatte**
- als **Gegenfinanzierungsinstrument**

→ Rechtsunsicherheit belastet Nachfolgeplanung

Reformziele

- Vereinfachung
- Gleichmäßigere Verteilung

→ Breite Bemessungsgrundlage mit niedrigem Steuersatz statt komplizierter Ausnahmetatbestände

Fazit

Steuerreformen kosten nicht notwendigerweise Steueraufkommen
Kostentreiber ist das Gewinner-/Verlierer-Dilemma.

**„Wachstumsbooster“ 2025 und angekündigte „Einkommensteuerreform“ 2026
verschärfen die Probleme des Steuersystems bei unklarem Nutzen.**

Prof. Dr. Johanna Hey
Institut für Steuerrecht

Johanna.hey@uni-koeln.de

<https://steuerrecht.uni-koeln.de>

Folgen Sie uns auf [LinkedIn](#)



Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!